



Erneuerbare Energien taugen nicht als Argument für Strompreiserhöhungen

Erneuerbare Energien sind nicht der Grund für die von E.ON zum Jahreswechsel angekündigte Strompreiserhöhung.

Nach Berechnungen des Bundesverbandes Erneuerbare Energie (BEE) verändert sich die Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) nur minimal um einen Bruchteil der von E.ON angekündigten Preissteigerung. „Der Preissprung bei e.on ist 15mal so hoch, wie der Anstieg der EEG-Kosten. Hier wird offenbar versucht, die Verbraucher abzuzocken und dafür die Erneuerbaren Energien als Sündenbock heranzuziehen“, bewertet Milan Nitzschke, Geschäftsführer des BEE, die aktuelle Preispolitik des Stromriesen.

Heute macht die Förderung von Strom aus Erneuerbaren Energien für einen Durchschnittshaushalt mit 3.500 Kilowattstunden Jahresverbrauch allenfalls 2 Euro pro Monat oder 0,7 Cent pro Kilowattstunde aus. Im kommenden Jahr wird sich diese Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) nur minimal um etwa 0,1 Cent pro Kilowattstunde verändern. Der gleiche Musterhaushalt zahlt dann maximal 30 Cent im Monat zusätzlich für das EEG. Die von E.ON angekündigte Preiserhöhung macht allein Mehrkosten von im Schnitt 5 Euro pro Monat aus.

„Schon heute rechnen alle uns bekannten Stromversorger eine um mindestens 0,1 Cent pro Kilowattstunde erhöhte EEG-Umlage ab. Erneuerbare Energien rechtfertigen keine weitere Preiserhöhung“, erläutert Nitzschke.

Tatsächlich führt das große Angebot von rund 15 Prozent Strom aus Erneuerbaren Energien sogar zu niedrigeren Strompreisen. Das Bundesumweltministerium beziffert die preisdämpfenden Effekte des Erneuerbare-Energien-Gesetzes mit 5 Milliarden Euro. Die Versorger haben diese Einsparungen bisher nicht an die Verbraucher weitergegeben. Offenbar konnten sie dies auch aufgrund der starken Position einiger weniger Anbieter auf dem Strommarkt verhindern. „Der BEE unterstützt deshalb das Vorhaben von NRW-Wirtschaftsministerin Christa Thoben, die angekündigten Preiserhöhungen auch kartellrechtlich unter die Lupe zu nehmen“, so Nitzschke.

Quelle:
Bundesverband Erneuerbare Energie e.V. (BEE)
2007